



Bremen

Abschiebungen reduzieren

Inhalt

1. Zusammenfassung und Erkenntnisse

2. Lokaler Hintergrund und Kontext

3. Ausgewählte lokale Ansätze

3.1 Auflösung der Abteilung 'Team 5' für Abschiebungen

3.2 Gesundheitsversorgung für alle

3.3 Ende der 'Kettenduldung'

4. Interessenvertretung und Vernetzung

5. Update: Was ist neu im Jahr 2023?

1. Zusammenfassung und Erkenntnisse

Wichtigste Erkenntnisse

1

Bremen senkte die Zahl der Abschiebungen deutlich unter den Bundesdurchschnitt. Die Stadt wies das städtische Migrationsamt an, Aufenthaltsgenehmigungen zu erteilen, wo immer dies rechtlich möglich sei.

2

Seit den 1970er Jahren gibt es in der Stadt antirassistische Bewegungen, die in Zusammenarbeit mit einer fortschrittlichen Regierungskoalition den politischen Wandel vorantreiben.

Was ist das Besondere an der Stadt?

Erfolgreiches Zusammenspiel von Politik und sozialen Bewegungen: In Bremen zeigen sich die positiven Folgen der Zusammenarbeit zwischen politischen Akteur:innen und sozialen Bewegungen, die auch Bremens Engagement als "Solidarity City" begünstigt haben. Die Stadt führte eine Reihe von wegweisenden Programmen ein, darunter ein Modell, das Asylbewerber:innen und undokumentierten Migrant:innen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung ermöglicht.

Was sind die größten Erfolge?

Deutlich weniger Abschiebungen: Seit 2010 konzentriert sich das Bremer Migrationsamt auf die Möglichkeit, Aufenthaltsgenehmigungen zu erteilen und Abschiebungen zu verhindern. Die Quote der abgeschobenen Migrant:innen liegt deshalb deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

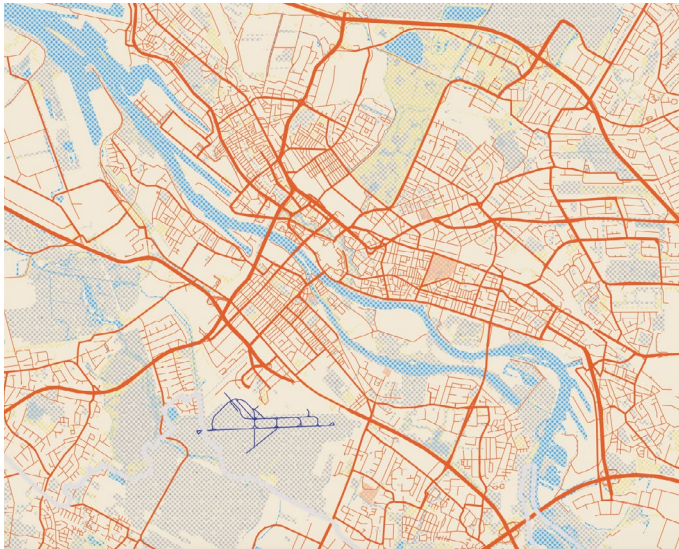
Was sind die Schlüsselfaktoren?

Antirassistische Arbeit zahlt sich aus: In Bremen ist seit vielen Jahren eine antirassistische Zivilgesellschaft aktiv, die sich auf politischer Ebene und durch direkte Unterstützung mit Geflüchteten solidarisiert – und auch die Landesregierung dazu aufruft, es ihr gleichzutun. Insbesondere seit dem Einzug der Grünen in die Landesregierung im Jahr 2007 konnte sie zunehmende Erfolge verbuchen.

Politische Arbeit über die lokale Ebene hinaus?

Bremen ist ein aktives Mitglied mehrerer Städtenetzwerke und trat 2018 den 'Solidarity Cities' bei. Im selben Jahr bezog die Stadt öffentlich Stel-

lung gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung und erklärte sich zum 'Sicheren Hafen'. Auch auf nationaler Ebene setzt sich Bremen für eine inklusivere Migrationspolitik ein. Da Bremen als Bundesland nicht sehr groß ist, bleibt sein Einfluss jedoch begrenzt.



Bevölkerung

567.549

Lage

Nordwestdeutschland. Bremen ist einer von drei Stadtstaaten in Deutschland und daher ein eigenes Bundesland.

Bürgermeister:in

Andreas Bovenschulte (SPD, in einer Koalition mit den Grünen und der Linken)

2. Lokaler Hintergrund und Kontext

In den letzten Jahren hat Bremen die Lebensbedingungen für Migrant:innen in vielen Bereichen verbessert, beispielsweise durch den vereinfachten Zugang zur Gesundheitsversorgung und 'humanitäre Sprechstunden' für Migrant:innen ohne Ausweispapiere. Schlüsselfaktoren für diese Entwicklung sind eine langjährige antirassistische Bewegung, die seit den 1970er Jahren aktiv ist, und eine progressive Koalition aus Sozialdemokrat:innen, Grünen und der Linkspartei seit 2007.

Antirassistische Bewegungen seit den 1970er Jahren

Seit den 1990er Jahren ist Bremen ein Zentrum antirassistischer Bewegungen und selbstorganisierter Proteste von Geflüchteten. Die 1971 gegründete Bremer 'Reformuniversität' trug zu einer aktiven politischen Szene und Zivilgesellschaft bei, in der Antirassismus und der Kampf gegen Abschiebungen zentrale Themen waren. Anfang der 1990er Jahre streikten hunderte Geflüchtete gegen die Bedingungen ihrer isolierten Unterbringung auf dem Wohnschiff Embrica Marcel im Bremer Kohlehafen. Seitdem gibt es eine nahezu ununterbrochene Reihe von antirassistischen Protesten, die von Geflüchteten selbst initiiert oder durch verschiedene Aktionen von ihnen unterstützt werden. Jüngstes Beispiel ist die Initiative 'Together we are Bremen',¹ die seit 2019 die Idee der 'Solidarity Cities' als Bürger:inneninitiative vorantreibt.

Eine progressive Regierungskoalition seit 2007

In Bremen regiert seit dem Zweiten Weltkrieg die als liberal geltende SPD. Allerdings verfolgte der Senat zeitweise eine sehr rigide Abschie-

¹ <https://togetherwearebremen.org/>

bepolitik, gegen die die Zivilgesellschaft stark mobilisierte. Im Jahr 2007 traten die Grünen in die Regierung ein, und gleichzeitig gelang der Linkspartei zum ersten Mal der Einzug in ein westdeutsches Landesparlament. Seitdem werden Forderungen aus der antirassistischen Bewegung verstärkt in der Politik aufgegriffen. Auch das Verhältnis zum Senat ist weniger konfrontativ und mehr auf Dialog ausgerichtet. Dennoch gibt es bis heute auch Kritik an der Aufnahmepolitik.

Jüngste Erfolge

In den letzten Jahren hat die Landespolitik viele Vorschläge für eine menschenrechtsorientierte Aufnahmepolitik aufgegriffen. Die Grünen erklärten im Februar 2019: „Bremen agiert längst im Sinne der vielen Forderungen aus der ‘Solidarity City’-Bewegung und hat vieles schon umgesetzt [...]“² Beispiele dafür sind Gesundheitsversorgung für alle, Bildung für alle, keine Massenunterkünfte, spezialisierte Einrichtungen für traumatisierte Frauen und humanitäre Sprechstunden für Menschen ohne Papiere. Dennoch ist Bremen kein Ort, an dem alle ankommenden Menschen gleiche Rechte haben oder ausreichende Unterstützung entsprechend ihrer Bedürfnisse erhalten, wie die Initiative ‘Together we are Bremen’ wiederholt betont.

Mehr Menschen können in Bremen bleiben

Die politische Kurskorrektur und die Verwaltungsreform der Ausländerbehörde, die 2020 in ‘Migrationsamt’ umbenannt wurde, hatten konkrete Auswirkungen auf die Bleibeperspektive von Menschen in Bremen. 2020 wurden 93 Personen abgeschoben, das entspricht 14,3 Abschiebungen pro 100.000 Einwohner:innen, etwa halb so viele wie beispielsweise in Bayern.³

Keine weiteren Abschiebungen nach Afghanistan

Bremen schiebt im Gegensatz zu anderen Bundesländern mit Grüner Regierungsbeteiligung keine Menschen nach Afghanistan ab. Dies wurde erreicht, indem die Bremer Ausländerbehörden grundsätzlich davon ausgehen, dass afghanische Staatsangehörige automatisch vor Ausreisehindernissen stehen. Daraus ergibt sich ein Anspruch auf eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen.⁴ Dieser Ansatz wäre auch in anderen Bundesländern möglich, wird aber nur in Bremen praktiziert.

Recht auf Bildung für Familien ohne Papiere

Bremen setzt sich seit Jahren dafür ein, Familien ohne Papiere das Recht auf Bildung zu gewähren. Deshalb wurde die Meldepflicht für Schulen abgeschafft. Das bedeutet, dass Eltern ohne Papiere – also auch ohne Duldung – ihre Kinder an regulären öffentlichen Schulen anmelden können, ohne Angaben über ihren Aufenthaltsstatus machen zu müssen. Sie müssen keine Anzeige befürchten. In vielen anderen Bundesländern ist das nicht der Fall. Seit 2014 hat Bremen außerdem den Zugang zu Integrationskursen für alle Menschen geöffnet, unabhängig von ihrer

² <https://www.gruene-fraktion-bremen.de/positionspapiere/bremen-ist-bereits-eine-solidarische-stadt/?L=0>.

³ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/372394/umfrage/abschiebungen-aus-deutschland-nach-bundeslaendern/>

⁴ Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet 1) (Aufenthaltsgesetz - AufenthG) § 25 Aufenthalt aus humanitären Gründen.

Aufenthaltsperspektive. Die zusätzlichen Kosten wurden zunächst aus kommunalen Mitteln finanziert, seit 2019 auch aus dem Europäischen Sozialfonds.

Kinder von Asylbewerber:innen, die in staatlichen Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht sind, erhalten dort zunächst eine Schulausbildung. In der Regel werden sie nach drei Monaten in Regelschulklassen außerhalb der Sammelunterkunft untergebracht. In vielen anderen Bundesländern ist dies ebenfalls nicht der Fall.

Verbesserung des Zugangs zu Aufnahmesystemen

In Bremen wie auch in anderen Bundesländern scheitern Bemühungen um Landesaufnahmeprogramme an der Notwendigkeit, die Zustimmung des Bundes einzuholen. Der Bund verweigert bisher diese Zustimmung. Dennoch haben viele Bundesländer die Aufnahme von Syrer:innen ermöglicht, die nahe Verwandte in Deutschland haben. Bremen ging sogar noch einen Schritt weiter und erlaubte es auch Dritten (Freund:innen, Bekannten, Organisationen), die Kosten für die Aufnahme zu übernehmen. Zudem wurden die Kosten für die medizinische Versorgung von der Übernahmepflicht ausgenommen. Dies erleichterte vielen Familien die Inanspruchnahme der Regelung.

Für September 2020 wurde eine neue bundesweite Aufnahmeanordnung für syrische Flüchtlinge angekündigt.⁵ Diese berücksichtigt Eltern oder erwachsene Geschwister von syrischen Geflüchteten, die aus Lagern, etwa im Libanon oder in der Türkei, nach Bremen kommen. Damit sie wieder als Familie zusammenleben können, soll ihnen mit der neuen Aufnahmeverordnung die gefährliche Reise über das Mittelmeer erspart werden. Dazu soll eine Kooperation mit anderen Bundesländern aufgebaut werden, um die administrativen Abläufe in den Transitstaaten zu regeln.

Bremen war und ist auch an den Bemühungen des Bundesrates beteiligt, die Aufnahme von Geflüchteten aus Griechenland zu ermöglichen.⁶ Diese scheiterte bisher jedoch an der Ablehnung des Bundesinnenministeriums.

Freundliche Bedingungen: Nicht für alle!

Die relativ menschenfreundlichen Aufnahmebedingungen in Bremen gelten nicht für alle. Das Land schiebt immer wieder – auch junge – Asylsuchende nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel auf andere Bundesländer. Dort landen sie oft in großen, isolierten und abgelegenen Lagern mit deutlich schlechteren Bedingungen. Davon sind immer wieder junge Asylsuchende aus Westafrika betroffen, die teilweise in Handschellen von der Polizei stundenlang durch Deutschland gefahren werden.

⁵ <https://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php?id=343870&asl=bremen02.c.732.de>.

⁶ <https://www.senatspressestelle.bremen.de/sixcms/detail.php?id=343870&asl=bremen02.c.732.de>.

3. Ausgewählte lokale Ansätze der Migrations- und Integrationspolitik

3.1. Auflösung der Abteilung 'Team 5' für Abschiebungen

Nach wiederholter Kritik der lokalen Zivilgesellschaft wurde die berüchtigte Abteilung für Abschiebung – bekannt für ihr rigoroses und manchmal illegales Vorgehen – im Jahr 2010 geschlossen. Dies markierte einen Wendepunkt in der Entwicklung der Bremer Aufnahmepolitik und legte einen wichtigen Grundstein für die administrative Umsetzung des 'Solidarity Cities'-Ansatzes.

Abschiebungen um jeden Preis: 'Team 5'

Bis Dezember 2010 hatte die örtliche Ausländerbehörde eine eigene Abteilung für Abschiebungen – das sogenannte 'Team 5'. Dessen Mitarbeiter:innen erhielten, nachdem Ausreiseaufforderungen ausgestellt worden waren, Akten von Kolleg:innen, die für frühere Phasen des Aufnahmeverfahrens zuständig waren. Sie kannten die Betroffenen nicht und hatten nur eine Aufgabe: sie so schnell wie möglich außer Landes zu schaffen. Bremen ging so weit, dass es bei der Überprüfung der Reisefähigkeit sogar den eigenen Amtsärzt:innen misstraute und lieber externe Mediziner:innen mit der Erstellung von Reisefähigkeitsbescheinigungen beauftragte.⁷ „Angesichts seines Auftrags bemaß sich der Erfolg des Teams 5 an der Zahl der durchgesetzten Abschiebungen“, so Gundula Oerter von der örtlichen Flüchtlingsinitiative.⁸

Druck von unten

Nach jahrelanger Kritik von lokalen Selbsthilfegruppen, Beratungsstellen und engagierten Anwält:innen löste Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) 2010 das 'Team 5' auf. Lokale Solidaritätsinitiativen hatten über Jahre hinweg mehrfache Rechtsbrüche der Abschiebepolitik dokumentiert und skandalisiert. Das erzeugte den nötigen politischen Druck zur Auflösung der Abteilung.

Ein politischer Wandel mit Konsequenzen

Die Auflösung von 'Team 5' ist nur ein Beispiel für die lange Geschichte der lokalen antirassistischen Kämpfe. Es zeigt aber, dass das Zusammenspiel von Politik und sozialen Bewegungen politisch-kulturelle Veränderungen bewirken kann, die heute für die 'Solidarity Cities'-Bewegung von großer Bedeutung sind. Früher wurden in Bremen – und auch heute ist das noch in anderen Bundesländern Praxis – „bestehende Gesetze so hart wie möglich zum Nachteil der Geflüchteten angewandt“, so Markus Saxinger, der heute das lokale Netzwerk für Bleiberecht leitet. In Bremen versucht die Ausländerbehörde dahingegen nun, „das Beste für die Geflüchteten herauszuholen.“ Das „endet nicht immer menschlich“, aber

⁷ <https://taz.de/!5142753/>.

⁸ <https://taz.de/!5128298/>.

immerhin „die Grundmotivation, die Einstellung“ habe sich geändert.

3.2. Gesundheitsversorgung für alle

Im Jahr 2005 führte Bremen eine Gesundheitskarte für alle Geflüchteten ein, die den Zugang zur medizinischen Regelversorgung ermöglicht und zur Entstigmatisierung der Gesundheitsversorgung von Geflüchteten in Deutschland beiträgt.

Das Bremer Gesundheitsamt hat einen Vertrag mit einer gesetzlichen Krankenkasse (AOK) abgeschlossen, sodass Geflüchtete im regulären Gesundheitssystem behandelt werden können, während sie in anderen Bundesländern häufig von 'Lagerärzt:innen' in einem gesonderten System versorgt werden. Die Karte entspricht der für gesetzlich Krankenversicherte und stigmatisiert somit ihre Inhaber:innen nicht sichtbar.

Die Gesundheitskarte bedeutet eine wesentliche Verbesserung für Geflüchtete im laufenden Asylverfahren sowie für Migrant:innen ohne Papiere. Denn seit dem 'Asylkompromiss' von 1993 haben Asylbewerber:innen nur Anspruch auf eine eingeschränkte Gesundheitsversorgung. Undokumentierte Geflüchtete haben in der Regel gar keinen Anspruch darauf. Obwohl das Bremer Modell nach wie vor Defizite aufweist, etwa bei der Begrenzung des Leistungsumfangs, bei chronischen Behandlungen oder künstlicher Befruchtung, stellt es dennoch einen wegweisenden Beitrag zur Entstigmatisierung der Regelversorgung Geflüchteter dar. „Alle Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz haben im Land Bremen eine AOK-Gesundheitskarte und können regelmäßig Ärzt:innen aufsuchen und sich behandeln lassen. Dies hilft zum einen, unnötig aufwändige Abrechnungsverfahren zu vermeiden, zum anderen entfällt der Verwaltungsaufwand für die Ausstellung von Krankenscheinen in Sozial- oder Gesundheitsämtern, wie er in anderen Bundesländern üblich ist“, schreibt die Linksfraktion.

Regelmäßige ärztliche Sprechstunden

Darüber hinaus bietet das Bremer Gesundheitsamt seit 2009 regelmäßige ärztliche Sprechstunden aus dem Fachbereich Migration und Gesundheit an. Sie richtet sich an Migrant:innen ohne Papiere und ohne Krankenversicherung und gewährleistet an zwei Tagen in der Woche für jeweils zwei Stunden eine Grundversorgung. Die Sprechstunde ist kostenlos und auf Wunsch anonym. Bis 2017 stellte die Stadt jährlich rund 20.000 Euro für das Projekt zur Verfügung, eine Summe, die nicht ausreichte, um alle Migrant:innen ohne Papiere in Bremen zu versorgen. Dies dürfte einer der Gründe für personelle Engpässe und Einschränkungen der Öffnungszeiten gewesen sein. Im Jahr 2018 erhöhte die Stadt das Budget auf 100.000 Euro pro Jahr, um zum Beispiel die Kosten für die Betreuung schwangerer Frauen durch niedergelassene Gynäkolog:innen und für Dolmetscherdienste zu decken. Trotzdem sind Migrant:innen ohne Papiere weiterhin auf Ärzt:innen angewiesen, die über die zivilgesellschaftliche Initiative Medinetz Bremen eine kostenlose Behandlung anbieten.⁹

⁹ <http://www.fluechtlingsinitiative-bremen.de/?q=medinetz>

Die nächsten Schritte: Gesundheitsversorgung für alle

Im Jahr 2019 verpflichtete sich die R2G-Koalition in ihrem Koalitionsvertrag auf Landesebene dazu, dass „alle Menschen in Bremen unabhängig von ihrem Status Zugang zu medizinischer Versorgung und Vorsorge haben“ sollen. Um „die fachärztliche Versorgung flächendeckend sicherzustellen und eine weitgehende Integration in die Regelversorgung zu gewährleisten“, sollte ähnlich dem ‘Bremer Modell’ für Asylbewerber:innen eine ‘anonyme Gesundheitskarte’ für Menschen ohne Aufenthaltsrecht eingeführt werden.¹⁰

Es wurden zwei konkrete Ausgestaltungen diskutiert. Im ersten Fall würde die Karte bis auf das Passfoto anonymisierte Daten enthalten, damit Menschen ohne Aufenthaltsrecht keine Meldung an die Ausländerbehörden befürchten müssten. Ein weniger weitreichendes Modell sah vor, dass Menschen ohne Aufenthaltstitel bei der humanitären Beratung im Gesundheitsamt einmalig eine Gesundheitskarte mit anonymisierten Daten erhalten. Damit hätten sie die Möglichkeit, bei grundsätzlich freier Arztwahl die Kosten für eine bestimmte Behandlung zu begleichen. Das Landesparlament beschloss im Oktober 2019, den Senat zu beauftragen, ein Modell zu entwickeln. In beiden Fällen würde es sich um ein bundesweites Novum handeln.

3.3. Ende der ‘Kettenduldung’

Um die sogenannte ‘Kettenduldung’ zu beenden und Tausenden von Geflüchteten eine langfristige Bleibeperspektive zu bieten, verabschiedete Bremen 2010 den ‘Bremer Erlass’. Junge Migrant:innen können damit eine Aufenthaltserlaubnis beantragen, wenn sie „sozial und wirtschaftlich integriert“ sind.

Das Aufenthaltsrecht für Menschen mit sogenannter ‘Kettenduldung’ ist ein zentrales Thema. Bundesweit umfasst diese Gruppe Zehntausende, die seit Jahren in einer rechtlichen Grauzone leben. Der Staat kann sie in der Regel nicht abschieben, weil sie keinen Pass haben, ihre Identität ungeklärt ist, im Herkunftsland Krieg herrscht oder sie krank sind. Dennoch befinden sie sich in einem weitgehend rechtsfreien Raum. Minderjährige, deren einziges Abschiebehindernis ihr Alter war, wurden oft unmittelbar nach ihrem 18. Geburtstag abgeschoben, auch wenn sie sich in einer Schul- oder Berufsausbildung befanden.

Um dieses Problem zu lösen, verabschiedete Bremen 2010 den ‘Bremer Erlass’. Damit gilt das Land als Vorreiterin bei der Schaffung einer legalen Aufenthaltsperspektive für junge Geflüchtete. „Aus humanitären Gründen“ können Migrant:innen in Bremen seither eine Aufenthaltserlaubnis beantragen, wenn sie „sozial und wirtschaftlich integriert“ sind. Sie können diesen Status erhalten, wenn sie einen vierjährigen Schulbesuch in Deutschland nachweisen, Sprachkenntnisse besitzen und nicht vorbestraft sind. In anderen Bundesländern war dies für Jugendliche unter ähnlichen Voraussetzungen nicht möglich, sodass der ‘Bremer Ansatz’ einen großen Vorstoß darstellte.

¹⁰ <https://www.spd-land-bremen.de/Binaries/Binary6330/Koalitionsvereinbarung-RGR-2019-2023-mitU-final.pdf>.

Im Jahr 2011 verabschiedete der Bundestag den neuen § 25a des Aufenthaltsgesetzes, der bundesweit einen Aufenthaltsstatus ermöglicht, wenn die Betroffenen 'gut integriert' sind, wenn auch unter erschwerten Bedingungen. Im Gegensatz zu Bremen, wo vier Jahre Schulpflicht ausreichen, sieht das Bundesgesetz sechs Jahre vor. In Bremen konnten Eltern einen Antrag für ihre Kinder stellen, wenn diese zehn Jahre alt waren. Das Bundesgesetz lässt nur Anträge für 15- bis 21-Jährige zu.

Im Oktober 2020 unternahm Bremen erneut einen Schritt nach vorn und ermöglichte es, geduldeten Personen „mit besonderen Integrationsleistungen“, eine Aufenthaltserlaubnis zu erlangen. Auch junge Erwachsene bis zum Alter von 26 Jahren können nun nach vier Jahren Aufenthalt eine Aufenthaltserlaubnis erhalten – wenn sie nachweisen, dass sie

- ◆ ausreichende Deutschkenntnisse (Niveau B1) oder angemessene Deutschkenntnisse (Niveau A2) und die Deutschnote 'befriedigend' auf einem deutschen Schulzeugnis erworben haben,
- ◆ vier Jahre lang erfolgreich eine deutsche Schule besucht haben,
- ◆ einen Schulabschluss erworben haben oder
- ◆ eine Berufsausbildung, ein Studium oder eine staatlich geförderte berufsvorbereitende Maßnahme absolvieren.

Bremen übernimmt außerdem auch mit seinem neuen Ländererlass erneut eine Vorreiterrolle. „Er gilt für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und garantiert ihnen ein Bleiberecht, wenn sie die Schule abschließen“, sagt Markus Saxinger vom Bremer Integrationsnetzwerk. „Ein solches Verfahren gibt es anderswo nicht.“

4. Interessenvertretung und Vernetzung

EUROCITIES

2017 gründete sich die zivilgesellschaftliche Initiative 'Solidarity City Bremen'¹¹ und forderte, Bremen solle sich „der Kette der Städte der Solidarität und der Menschenrechte anschließen.“ Die Grünen, die seit 2007 gemeinsam mit den Sozialdemokrat:innen die Stadt regieren, griffen den Vorschlag auf und brachten ihn im Sommer 2018 in die grün geführten Stadtratsressorts ein – insbesondere das Ressort für Soziales, das auch für Integration zuständig ist. Im November 2018 formulierte die Sozialsenatorin eine Resolution,¹² die den Beitritt Bremens zum Netzwerk 'Solidarity Cities' im Rahmen von EUROCITIES erklärte. Der Senat nahm diese am 11. Dezember 2018 einstimmig an.

In der Beschlussfassung wurde festgestellt, dass Bremen schon seit langem rechtliche Spielräume für die Integration von Geflüchteten nutzt. Der Beitritt zum Netzwerk 'Solidarity Cities' bekräftigt diese Linie. Das

¹¹ <http://solidarity-city-bremen.org/>.

¹² <https://www.transparenz.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen69.c.75983.de&asl=bremen02.c.732.de>.

Engagement ist eine Reaktion auf den Rechtsruck der deutschen Gesellschaft nach 2015, ohne diesen explizit zu benennen („aktuelle gesellschaftspolitische Entwicklungen“), und soll das Bekenntnis Bremens zu einer „offenen und freien Gesellschaft“ unterstreichen. Gleichzeitig wird darauf verwiesen, dass der fachliche Austausch zwischen europäischen Kommunen, die sich einer nachhaltigen Integrationspolitik verschrieben haben, bei der kommunalen Aufnahmepolitik helfen kann.

Beitritt zu ‘Solidarity Cities’: ein starkes Symbol

Sowohl offizielle als auch zivilgesellschaftliche Vertreter:innen sehen den Beitritt Bremens zum Netzwerk der ‘Solidarity Cities’ im Jahr 2018 eher als ‘Ausdruck und Bekenntnis’ zu einer bestehenden progressiven Aufnahmepolitik. „Der Beitritt hat keine konkreten Maßnahmen ausgelöst, er ist vielmehr Teil einer politischen Haltung geworden und diente dazu, diese symbolisch noch einmal öffentlich zum Ausdruck zu bringen“, sagt Merle Bielinski, Projektverantwortliche in der Senatsverwaltung für Soziales. Und auch Markus Saxinger vom lokalen Bleiberechtsnetzwerk misst der Erklärung „eher einen symbolischen Wert“ bei. Sie stehe „eher umgekehrt für bestimmte politische Konstanten“, sagte er.

Gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung

Als Reaktion auf die Debatte über die Aufnahme von Geflüchteten aus dem Mittelmeer im Sommer 2018 brachten die Bremer Regierungsparteien SPD und Grüne gemeinsam mit der damaligen Opposition (Linke) einen Entschließungsantrag mit dem Titel „Menschenleben retten ist kein Verbrechen!“ ins Landesparlament ein. In diesem wurde gefordert, dass sich das Land Bremen als Sitz der nichtstaatlichen Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) zur Aufnahme von Menschen von Seenotrettungsschiffen bereit erklären soll. Die Bremische Bürgerschaft, das Landesparlament der Hansestadt, verurteilte offiziell „jede Kriminalisierung der Seenotrettung“ und „erklärt sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen im Land Bremen aufzunehmen.“

Drei Wochen später versicherten die Bürgermeister von Bremen, Hamburg und Berlin – den drei bundesdeutschen Stadtstaaten – in einer gemeinsamen Erklärung, dass ihre Städte „sichere Häfen für Flüchtlinge“ bleiben würden. Sie versprachen, „alles zu tun, um Menschen vor dem Ertrinken zu bewahren, Flüchtlingsschiffe in sichere Häfen zu bringen und Flüchtlinge nach den Regeln des europäischen und nationalen Asylrechts in Europa aufzunehmen.“¹³

Kurz nach der Landtagswahl im Mai 2019 bekräftigte der neu gewählte Bürgermeister Andreas Bovenschulte – ein Sozialdemokrat, der eine Koalition mit der Linken und den Grünen bildete –, dass Bremen ‘ein sicherer Hafen’ bleiben werde. Er wies jedoch darauf hin, dass das Bundesinnenministerium dem Land Bremen noch nicht gewährt habe, zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen.

¹³ <https://www.senatspressestelle.bremen.de/detail.php?gsid=bremen146.c.306825.de&asl=bremen02.c.732.de>.

5. Update: Was ist neu im Jahr 2023?

- ◆ Seit September 2022 werden Menschen ohne Ausweispapiere in Bremen im regulären Gesundheitssystem behandelt. Für die Kosten kommt die Stadt Bremen auf und garantiert damit das Menschenrecht auf Gesundheitsversorgung. Das Projekt wird von Ärzt:innen des MVP (Verein zur Förderung der medizinischen und gesundheitlichen Versorgung von nicht versicherten und papierlosen Menschen in Bremen) umgesetzt. Die Finanzierung ist vorerst bis Ende 2023 gesichert.¹⁴
- ◆ Der Bremer Senat initiierte im Mai 2023 das Pilotprojekt "Clearingstelle". Es bietet Papierlosen Beratung und Unterstützung an, um ihnen einen Weg aus der aufenthaltsrechtlichen Illegalität und Prekarität zu eröffnen. Das Angebot gilt als einzigartig und bundesweit als das erste seiner Form. Es wird vom Deutschen Roten Kreuz umgesetzt.¹⁵
- ◆ Am 14. Mai 2023 wurde in Bremen eine neue 'Bürgerschaft' (Landtag) gewählt. Auch die neue Regierung wird weiterhin aus einer Koalition von SPD, Grünen und der Linken gebildet. Besorgniserregend an den Wahlergebnissen ist jedoch der enorme Zuwachs an Wähler:innen-Stimmen für die rechtspopulistische Partei 'Bürger in Wut'. In Bremerhaven, Bremens 'Schwesterstadt' im Stadtstaat ist sie mit 22,7% sogar die zweitstärkste Kraft geworden.¹⁶

¹⁴ <https://taz.de/Bremerinnen-ohne-Krankenversicherung/?as!5888942/>

¹⁵ <https://www.senatspressestelle.bremen.de/pressemitteilungen/senat-startet-pilotprojekt-fuer-papierlose-420940?as!bremen02.c.732.de> und <https://taz.de/Neue-Clearingstelle-in-Bremen/?as!5922917/>

¹⁶ <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-05-14-LT-DE-HB/index.shtml>

Moving Cities bietet eine eingehende Untersuchung der Strategien von solidarischen Städte aus Europa und erforscht ihre inspirierendsten und erfolgreichsten Ansätze für eine fortschrittliche Migrationspolitik. Weitere Städteberichte auf: www.moving-cities.eu

Mehr über das Projekt und seine Finanzierung auf der Website: <https://moving-cities.eu/about>
